

Dezernat II
0806/IX

Gremium: Haupt-, Finanz- und öffentlich
Beschwerdeausschuss
Sitzung am: 08.10.2026

Ausbildungsplätze 2027

Sachverhalt:

Unter Punkt 5 seiner Sitzung vom 18.06.2026 hat der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss der Stadt die Einrichtung von insgesamt 16 Ausbildungsstellen beschlossen. Die Gesamtkosten (Gehälter, Schulbesuch u.a.) betragen von 2027 bis 2030 insgesamt knapp 1,7 Millionen € und sind in der Finanzplanung 2027ff berücksichtigt.

Aufgrund der aktuellen Entwicklung der Finanzsituation der Stadt mit Einnahmeverlusten im zweistelligen Millionenbereich für das Jahr 2027 stellt sich allerdings die Frage, ob sich die Stadt diese umfangreiche Ausbildung noch leisten kann. Derzeit sind 46 Nachwuchskräfte in den verschiedenen Ausbildungsberufen in der Ausbildung, Mitte 2027 beenden davon 13 ihre Ausbildung.

Es ist je Ausbildungsjahr und Ausbildungsberuf von folgenden Jahreskosten für ab Mitte 2027 neu zu besetzten Ausbildungsplätze auszugehen:

- Verwaltungsfachangestellte/r = 30.000€/Jahr
- Bachelor = 24.000€/Jahr
- Erzieher/in = 33.000€/Jahr
- Notfallsanitäter/in = 52.000€/Jahr

Ein kompletter Verzicht auf den Ausbildungsjahrgang 2027 hätte folgende jährliche Einsparungen:

- 2027 = 225.000€
- 2028 = 555.000€
- 2029 = 572.000€
- 2030 = 346.000€

Alternativ ist denkbar, in jedem Ausbildungsberuf weiter auszubilden, aber die Zahl der Ausbildungsplätze zu reduzieren:

- je 1 x Verwaltung, 3 x Erzieher/in (1x je städtische Kita) und 2 Notfallsanitäter

Dies ergibt eine Kosteneinsparung von insgesamt ca. 782.000€, aufgeteilt nach Jahren

- 2027 = 114.000€
- 2028 = 251.000€
- 2029 = 260.000€
- 2030 = 157.000€

Anzumerken ist, dass viele Kommunen deutlich weniger in die eigene Ausbildung investieren. Seitens der Verwaltung wird die Auffassung vertreten, dass eine einjährige Reduzierung bis hin zu

einem Verzicht für die mittelfristige Personalplanung keine gravierenden Auswirkungen hat.

Da das Bewerbungsverfahren bereits begonnen wurde und noch in diesem Jahr über die Vergabe der Ausbildungsplätze zu entscheiden ist, ist eine zeitnahe Entscheidung erforderlich. Dieser Vorschlag der Verwaltung, entweder komplett oder zumindest teilweise die Ausbildungsplätze für das Jahr 2027 zu reduzieren, erfolgt ausschließlich aus aktuellen finanziellen Gründen, weil hier die Möglichkeit besteht, in einem erheblichen Maße Mittel einzusparen, ohne dass ein Eingriff in bereits bestehende Leistungsangebote erfolgt.

Beschlussvorschlag:

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss beschließt

den Verzicht auf die Einrichtung von neuen Ausbildungsplätzen im Jahr 2027

oder alternativ

die Reduzierung in Abänderung des Beschlusses vom 18.06.2026 auf 1 VFA, 1 Bachelor, 3 Erzieher/innen, 2 Notfallsanitäter/innen.

Siegburg, 24.09.2026